

SPD-Kreisverband Minden-Lübbecke
Herrn Michael Buhre
Vorsitzender des Kreisverbandes
Lübbecker Str 202
32429 Minden

Minden, 18.01.16

Offener Brief zu den Beschlüssen des SPD-Bundesparteitages zu TTIP und CETA

Sehr geehrter Herr Buhre,

vielen Dank für Ihre Antwort vom 18.12.15 auf unseren Offenen Brief an die Delegierten des SPD-Parteitag vom Dezember 2015.

Wir begrüßen es, wenn ein erneuter Parteikonvent oder Bundesparteitag über die Zustimmung zu TTIP und CETA beschließen wird, wenn die Verhandlungsergebnisse vorliegen. Die Debatte in der SPD geht demzufolge weiter. Und das ist u.E. auch dringend notwendig. Allerdings hätten wir uns gerade zu CETA, das bekanntlich endverhandelt ist und dessen Vertragstext vorliegt, eine deutlichere Stellungnahme gewünscht.

In Ihrer Antwort werden Freihandelsabkommen als notwendige Instrumente zur Schaffung fairer Regeln für globalen Handel und zur Sicherung wichtiger sozialer, ökologischer oder rechtsstaatlicher Standards betrachtet. Leider ist dieses in keinem der bis jetzt abgeschlossenen Freihandelsabkommen gelungen; das zuletzt verhandelte bedeutende Handelsabkommen für den pazifischen Handelsraum TPP zeigt das Gegenteil. Stets gilt als höchste unveräußerliche Maxime „Ausweitung des Handels“, und damit geht es um erweiterte Rechte der sog. Investoren. Wenn es in den vorhandenen Freihandelsabkommen einen Bezug zu ökologischen, sozialen oder Arbeitsrechten gibt, so ist dieser unverbindlich und nicht einklagbar. Auch im vorliegenden Vertragsentwurf des CETA sind Umwelt und Arbeitsrechte ausdrücklich von Schiedsverfahren ausgenommen (Kapitel 24 und 25). Die verhängnisvollen Entwicklungen, wie sie bereits beim NAFTA studiert werden können, drohen trotz Verdreifachung des Handels ausgeblendet zu werden(2).

Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, welche gesellschaftlichen Kräfte auf die Verhandlungen zum TTIP Einfluss nehmen und die Verhandlungen vorbereitet haben (1). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Gewerkschaften und Umweltverbände nur marginalen Einfluss haben, dafür die Lobbyverbände der multinationalen Konzerne um so mehr. Unter diesen Umständen sehen wir keine Grundlage für die Erwartung, mit CETA und TTIP würden

bessere Regeln für die globale Wirtschaft entwickelt werden können. TTIP und CETA sind weniger Handelsabkommen, sondern in erster Linie Investitionsschutzabkommen.

Im Parteitagsbeschluss wird die Kritik an den privaten Schiedsgerichten und den unscharfen Rechtsbegriffen des Investitionsschutzes aufgegriffen, ein neues System gefordert und die Einrichtung internationaler Handelsgerichtshöfe vorgeschlagen.

Es gibt berechtigte Zweifel, ob diese Reformen allein einen wirklichen Wandel des bisherigen Investitionsschutzes erreichen können. Eine privilegierte Paralleljustiz zur staatlichen Gerichtsbarkeit, die allein von ausländischen Investoren angerufen werden kann, bliebe damit auf jeden Fall erhalten. Regierungen, Kommunen, inländische Investoren, Gewerkschaften, Umweltschutzverbände, Verbraucherverbände, betroffene Personen, die alle Teilnehmer und Betroffene der Handelsabkommen sind, dürfen auch vor diesen öffentlichen Handelsgerichtshöfen ihr Recht nicht einklagen. Hinzu kommt, dass ökologische, soziale und Arbeitsrechte und das Recht zu ihrer Ausweitung in den Verträgen nicht eindeutig rechtsverbindlich festgeschrieben werden.

Völlig ausgeblendet wird im Parteitagsbeschluss ein weiterer äußerst gefährlicher Mechanismus in TTIP und CETA: die angestrebte „Regulatorische Kooperation“. Die weitere Ausgestaltung, Interpretation und Weiterentwicklung der Verträge soll neu zu schaffenden transnationalen Gremien überantwortet werden. Von ihrer demokratischen Kontrolle ist nirgendwo die Rede. Soweit bekannt geworden sollen sogar künftige Gesetzesvorlagen dort debattiert werden, bevor sie in die nationalen Parlamente eingebracht werden. Sogar die bestehenden Regelungen sollen überprüft werden (CETA Kapitel 26). Das betrachten wir als Aushebelung von Demokratie!

Die Forderung nach Kündbarkeit der Verträge ist richtig. Allerdings gibt es in CETA eine Nachwirkung für den Investitionsschutz von 20 Jahren. Damit wird jede Kündigung wirkungslos gemacht.

Diese Kernprobleme werfen die Frage verbindlicher und unverrückbarer Roter Linien in der Haltung zu TTIP und CETA auf. Leider hat der Parteitagsbeschluss nicht die notwendigen Roten Linien, sondern nur Wünsche an ein Abkommen formuliert. Auch wurde nicht gefordert, dass das EU-Verhandlungsmandat entsprechend den formulierten Forderungen und Wünschen anzupassen ist, so dass wir einen ernsthaften Willen zu gravierenden Veränderungen nicht erkennen. Ein im letzten Absatz des Beschlusses beschworener „langer Atem“ öffnet die Tür, kleinere, aber völlig unzureichende Veränderungen schon als substantielle Fortschritte zu bewerten, und damit die Abkommen zustimmungsfähig zu machen.

Wir halten den Parteitagsbeschluss der SPD als völlig unzureichend und befürchten, dass die SPD auf dieser Grundlage

- CETA akzeptieren wird, sofern in einer Nachverhandlung die privaten Schiedsgerichte durch öffentliche Handelsgerichte ersetzt werden,
- TTIP befürworten wird, auch wenn in den Verhandlungen mit den USA nur kleinere, aber wenig substantielle Wünsche realisiert werden können.

Wir möchten gerne mit Ihnen vor dem erneuten Parteikonvent oder Bundesparteitag das Thema in einer öffentlichen Veranstaltung in Minden im Herbst vertieft diskutieren, da dann wohl die offizielle Übersetzung des CETA-Vertragstextes vorliegt. Wir gehen von Ihrer grundsätzlichen Bereitschaft aus und bedanken uns herzlich dafür.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Albert Bolten
Haydnweg 16
32457 Porta Westfalica

Reiner Liebau
Hardenbergstr. 23
32427 Minden

Abdruck an

Delegierte des SPD-Kreisverbandes für den Bundesparteitag im Dez. 2015

Anmerkungen:

1. Lobbycontrol, <https://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyismus-in-der-eu/>
2. NAFTA at 20, herausgegeben von der AFL-CIO
<http://www.aflcio.org/Issues/Trade/NAFTA/NAFTA-at-20>

Wir empfehlen zu den erwarteten Auswirkungen des TTIP die Studie der Tufts-Universität „Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft: Zerfall, Arbeitslosigkeit und Instabilität in Europa“ vom Oktober 2014.

http://ase.tufts.edu/gdae/Pubs/wp/14-03CapaldoTTIP_GR.pdf